

## Nur meinungsstark ist ja auch keine Lösung

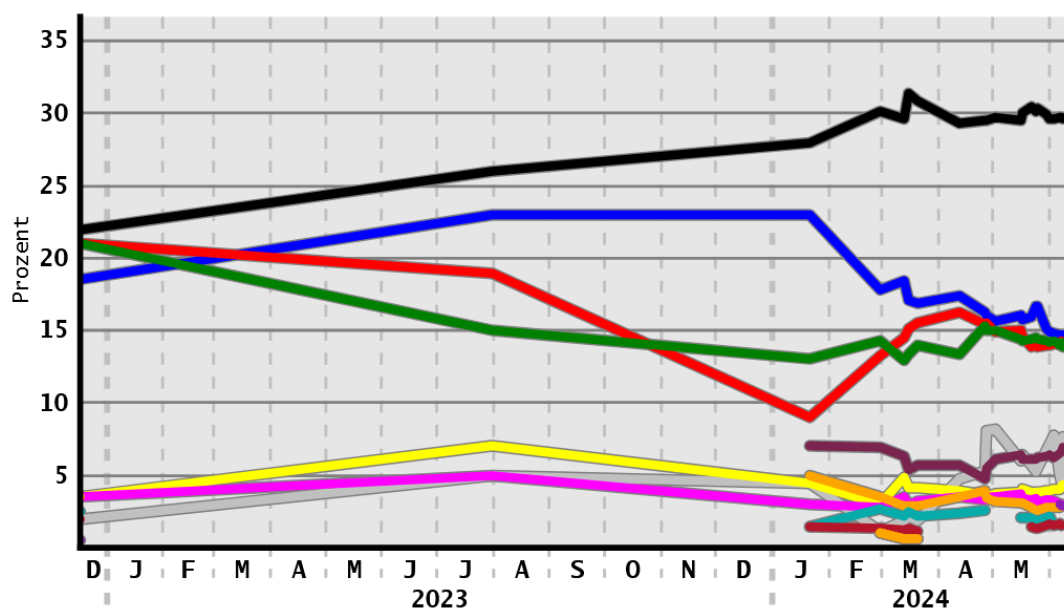
*Über woken Anti-Wokismus und kulturpolitische Schuldzuweisungen*

Andreas Mertin

### Kein Durchmarsch

*Nach dem Durchmarsch der AfD bei der Europawahl  
brodelt im links-progressiven Lager der Unmut.<sup>1</sup>*

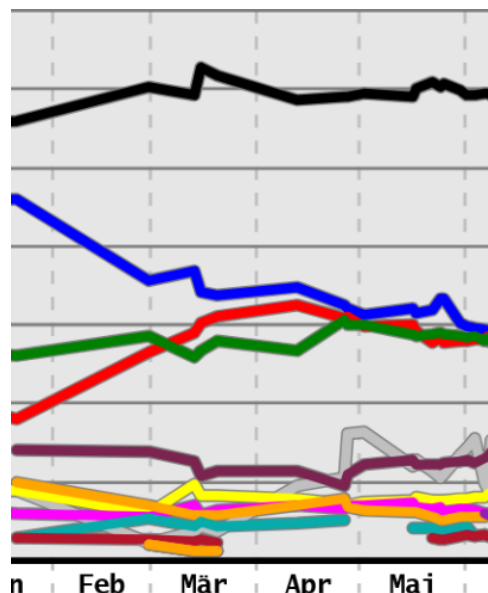
So lautete der erste Satz eines [Gastkommentars einer meinungsstarken Kolumnistin](#) in der taz vom 12.04.2024. Daran ist einiges fraglich.



Wenn Sie auf diese Kurven der Wahlbefragungen zur Europawahl seit Ende 2022 blicken, welche der Linien könnte die Kolumnistin wohl meinen? Welche der Kurven beschreibt einen Durchmarsch? Eigentlich nur eine, nämlich die oberste Kurve und das ist – erkennbar an der Farbe – die der CDU/CSU. Von Ende 2022 bis zum Wahltag kennt sie eigentlich nur eine Tendenz, nämlich die auf die 30%-Marke zu. Tatsächlich gab es – allerdings nur bis Januar 2024 – noch eine weitere Partei, die auf dem Durchmarsch schien, sie stieg im Verlauf der Zeit in den Umfragen von 19% auf 23%, konnte ihre Zustimmung also um immerhin 20% steigern.

Dann aber brach sie fulminant ein. Sie ging wie die nebenstehende Abbildung zeigt, von 23% auf 16% zurück und verlor damit knapp ein Drittel an Zustimmung der Wahlbevölkerung. Diese Partei ist die AfD. Im Januar waren die Recherchen von *Correctiv* zu einem Geheimgetreffen Rechter bekannt geworden, die über einen „Masterplan zur Remigration“ diskutiert hatten, also für die Abschiebung von Millionen Menschen aus Deutschland. Das hatte Folgen.

*„Der Bericht über das Treffen war Auslöser für massive Proteste gegen Rechtsextremismus in ganz Deutschland, an denen sich am Wochenende des 20. und 21. Januar 2024 bundesweit etwa eine Million Menschen beteiligten“<sup>2</sup>*



In der Folge brachen die bis dahin zu verzeichnenden Zustimmungswerte der AfD von knapp einem Viertel der Bevölkerung auf weniger als ein Sechstel ein. Angesichts dessen von einem „Durchmarsch“ der AfD zu sprechen, ist nicht nur irreführend, sondern falsch. Es mag sein, dass manche Linken jede Stimme für die AfD für eine Katastrophe halten, aber seit langem ist bekannt, dass es einen festen Prozentanteil rechter Wähler gibt. Darüber muss man nicht erstaunt sein, wohl aber darüber, dass manche von denen sich durch Demonstrationen und Proteste engagierter Bürger:innen beeinflussen / beeindruckt lassen. Die Kolumnistin schreibt weiter:

*Die AfD kann bei den Europawahlen auf große Erfolge verweisen.*

*An dieser Stelle hat die sich als progressiv verstehende Szene kläglich versagt.<sup>3</sup>*

Nein, das hat sie nicht. Ganz im Gegenteil, durch ihre Proteste und Demonstrationen haben die Bürger:innen (einschließlich der sich als progressiv verstehenden Szene) es erreicht, dass ein Drittel jener, die im Januar noch dachten, bei der Europawahl AfD wählen zu wollen, davon Abstand genommen haben. Das ist ein Erfolg, den man nicht kleinreden sollte.

*„So mehren sich in der Echokammer der Wokeness die Stimmen, die ein Verbot der AfD fordern. Verbotsverfahren aber ziehen sich in die Länge, wie die 2003 und 2017 gescheiterten Anträge gegen die NPD zeigen. Der Aufruf kommt wie ein Armutszeugnis daher, als könnte man damit die Realität der Wahlschlappe aus den Angeln heben und die woke Weltanschauung per Dekret zur alleinigen Wahrheit erklären.“<sup>4</sup>*

Daran ist so ziemlich alles falsch. Das Verbot der AfD wird schon seit langem gefordert, nicht erst seit der Europawahl. Und anders als die Kommentatorin insinuiert, geht es auch gar nicht darum, die AfD mal eben zu verbieten, sondern sie im Grunde zu „disziplinieren“. Denn im Rahmen eines Verbotsverfahrens müsste sie nachweisen, dass sie sich an die Grundnormen der Verfassung hält, das würde vermutlich ihr Verhalten und Auftreten verändern.

Der dritte Satz lebt von so vielen nicht explizierten Voraus-Setzungen, dass er kaum noch verständlich ist. Zunächst: Wer hat denn eine Wahlschlappe erlitten? Die Parteien der Regierungskoalition haben im Vergleich zur letzten Europawahl Stimmen eingebüßt, aber im Vergleich zur Stimmung im Januar 2024 hat zumindest die SPD einiges wieder aufgeholt. Damals war die SPD für die Europawahl bei unter 10% der Wählerstimmen, die Grünen und die FDP auf derselben Höhe wie beim jetzigen Wahlergebnis. Es hängt also vom Bezugspunkt ab, ob man von einer Wahlschlappe sprechen kann. Die linke Bewegung hat zudem zumindest in Gestalt der BSW keine Wahlschlappe erlebt. Und die „woke“ Partei Volt hat sich mehr als vervierfacht.

Warum allerdings ein Verbot der AfD durch das Bundesverfassungsgericht *„die woke Weltanschauung per Dekret zur alleinigen Wahrheit erklärt“* muss mir mal jemand erklären. Da scheint mir ein verfassungstheoretisches und demokratietheoretisches Defizit vorzuliegen. Niemand aus der woken Szene – was immer das auch sein soll – hat Einfluss auf das Bundesverfassungsgericht. Das Verfassungsgericht kann in dieser Sache nur auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung tätig werden. Und es erlässt auch keine willkürlichen Dekrete, wir leben in einem demokratischen Staat. Falls das Bundesverfassungsgericht die AfD verbietet, dann deshalb, wenn und weil diese Partei die demokratische Grundordnung massiv gefährdet. Und dann *muss* sie die Partei verbieten – ganz unabhängig von irgendwelchen *woken* Weltanschauungen. Tatsächlich ist es besser, eine Partei politisch zu bekämpfen als sie zu verbieten, das haben die Bundesverfassungsrichter:innen immer wieder betont. Trotzdem gehört das Parteienverbot zum Instrumentarium einer wehrhaften Demokratie.

*Fakt ist, der EU-Wahlausgang entlarvt die moralischen Defizite des Wokismus.*

*Wer gegen Nazis ist, sollte sich gegen Antisemitismus positionieren.*

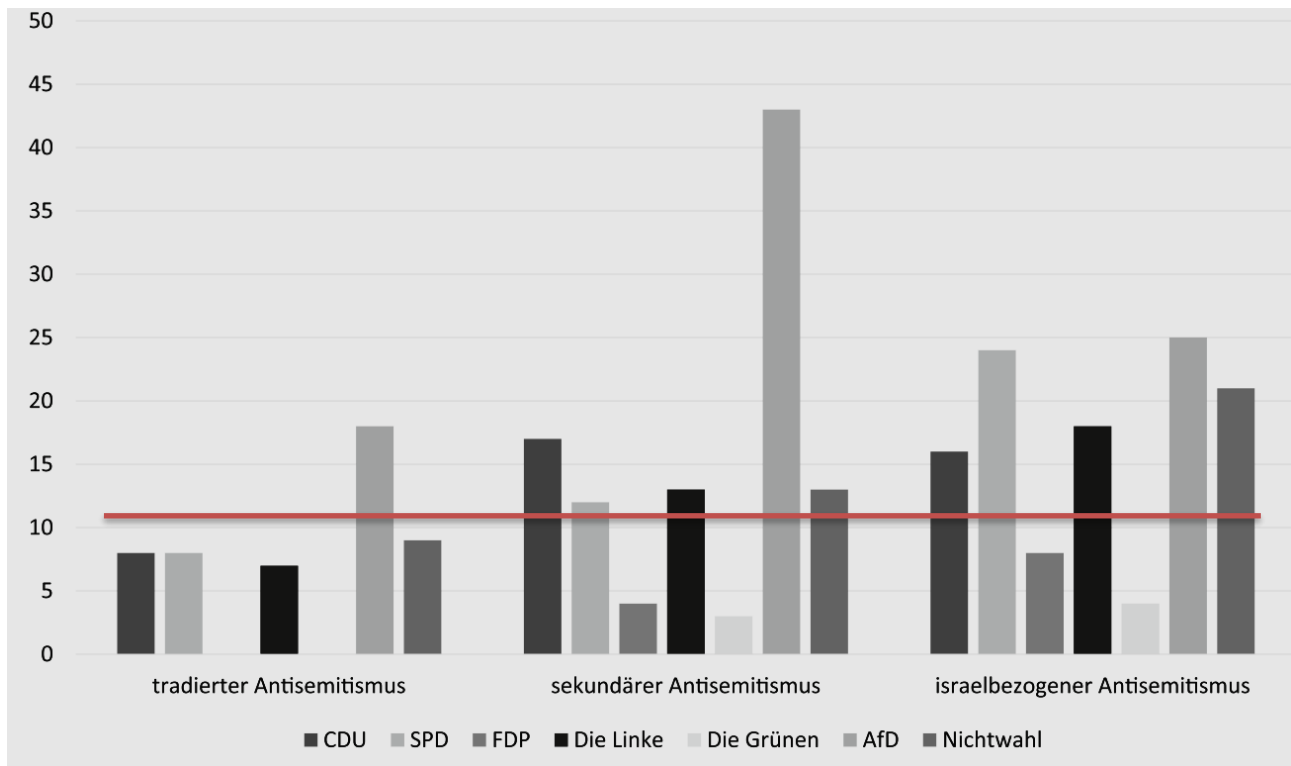
*Hier in der Heimat des Holocaust wäre das zu erwarten.*

*Aber da hat der Wokismus kläglich versagt. <sup>5</sup>*

Das ist das, was man meines Erachtens ein rasendes Gefasel der Gegenaufklärung nennt. Zum einen entmündigt es die Wähler:innen, indem man sie zu manipulierten und manipulierbaren Subjekten erklärt und sie nicht als mündige Bürger:innen versteht. Zum zweiten überschätzt es maßlos die Bedeutung des „woken“ Diskurses im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Die Handlungen in der *woken* Szene haben kaum Rückwirkungen auf die breite Bevölkerung.

Aber auch en Detail stellen sich Fragen. Muss man sich im Kampf gegen Nazis zwingend auch zum Antisemitismus positionieren? Und ist das wirklich eine moralische Frage? Ob sich das eine aus dem anderen ergibt, wird durchaus kontrovers diskutiert. Das lässt auch die Kommentatorin erkennen, denn sie nutzt das Wort „sollte“ statt „muss“. Das macht nur Sinn, wenn es sich eben nicht zwingend ergibt. Mit derselben Logik könnte man sagen, wer sich gegen Nazis engagiert, muss sich auch gegen den Kapitalismus oder Antifeminismus positionieren. Dieses Engagement ist sinnvoll, muss aber nicht zwingend miteinander verknüpft werden, so als wenn jemand Glaubwürdigkeit verlieren würde, wenn er sich nicht gleich gegen alles „Böse“ positioniert.

Und was genau bezeichnet hier das Wort „Antisemitismus“? Welcher Antisemitismus nach welcher Definition ist denn gemeint? Ist es der tradierte Antisemitismus der Nazis, oder der „sekundäre Antisemitismus“ der Neo-Nazis oder vielleicht auch der „israelbezogene Antisemitismus“ breiterer Kreise der Bevölkerung? Ich vermute, gemeint ist im konkreten Fall das Letztere.



Und dieser israelbezogene Antisemitismus ist – blickt man auf die Parteienlandschaft – tatsächlich nur unter den Wähler:innen der (woken?) Grünen gering und bei den Wähler:innen der Liberalen zumindest unter dem deutschen Durchschnitt. In Sachen israelbezogener Antisemitismus offenbaren sich dagegen bei allen anderen Parteien und den Nichtwählern Defizite.<sup>6</sup>

Die Kolumnistin fährt dann mit ihrer kritischen Begutachtung der woken Szene fort:

*Links-Progressive liebäugeln mit einem terroristischen Failed State und dämonisieren zugleich die einzige Demokratie des Nahen Ostens. Woke legen mehr Wert auf die Unantastbarkeit ‚israelkritischer‘ Zeltlager an Unis als auf die körperliche Unversehrtheit derjenigen, die keine Kufiyas, sondern Kippas tragen.*

Diese Sätze bekäme man in einer Seminararbeit vermutlich angestrichen, denn sie beinhalten mehrere höchst problematische Schlüsse vom Besonderen auf das Allgemeine. Ja, es gibt Links-Progressive, die mit Terrorbewegungen sympathisieren, aber nach allen empirischen Untersuchungen über die wir verfügen, ist das eine ziemlich kleine, aber lautstarke Minderheit unter den Linken. Man kann von den Wenigen, die laut schreien, nicht einfach auf die Vielen schließen. Für solche Schlüsse bedarf es einer empirischen Validierung. Ich sehe keine Indizien dafür, dass die Mehrheit der „Links-Progressiven“ Hamas-Sympathien zeigen würden. Ähnliches dürfte für die „Woken“ gelten.

Die angebliche Dämonisierung des Staates Israel, obwohl er doch der einzige demokratische Staat im Nahen Osten sei, ist ein merkwürdiges Argument. Israel ist tatsächlich nach dem Demokratie-Index die einzige, freilich nur unvollkommene Demokratie im Nahen Osten. Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass man nicht die Menschenrechtsverletzungen und die Übertretungen des Völkerrechts kritisieren könnte. In Israel ist eine rechtsextreme Regierung an der Macht,<sup>7</sup> die die Rechte von arabischen Gruppen systematisch einschränkt und im Westjordanland unbestritten gegen das Völkerrecht verstößt. Die Kritik daran hat nichts mit Dämonisierung zu tun. Dass die rechte Regierung in Israel selbst sehr viel dazu beiträgt, dass der palästinensische Staat als ‚failed State‘ erscheint, sollte man zumindest erwähnen.

Die Rhetorik im Satz „Woke legen mehr Wert auf die Unantastbarkeit ‚israelkritischer‘ Zeltlager an Unis als auf die körperliche Unversehrtheit derjenigen, die keine Kufiyas, sondern Kippas tragen“ ist billig, ja es ist eine Form von Demagogie. Zunächst hätte man ja gerne einen empirisch relevanten Beleg für den Satz gewünscht, außer dem Verweis auf eine wie auch immer geartete Echokammer. Dann aber fragt man sich, was der Satz inhaltlich besagen soll. Heißt es, man darf nicht mehr für bestimmte Rechte und Rechtsnormen eintreten, weil es andere Rechte und Rechtsnormen gibt, die ebenfalls verletzt werden? Das wäre undemokratisch, es endet in einem infiniten Regress, denn es lässt sich immer etwas finden, was noch schlimmer ist, als ein gerade kritisiertes Phänomen.

Man wird als Linker selbstverständlich solidarisch sein mit den bedrohten jüdischen Studierenden und kann dennoch gleichzeitig für eine moderierende Lösung beim Umgang mit den pro-palästinensischen Protesten eintreten. Ich bin gespannt, wie die deutschen Gerichte abschließend über die Polizeimaßnahmen urteilen werden, welche die Rechte der pro-palästinensischen Gruppen einschränkten. Warten wir es ab, die ersten Gerichtsurteile sind ja deutlich. Die Universitäten müssen die Unversehrtheit ihrer Studierenden gewährleisten und sie schützen. Das gelingt ihnen zurzeit nur bedingt, betrifft aber, wie jüngste Erhebungen zeigen, ebenso jüdische Studierende wie muslimische oder schwarze Studierende. Ich möchte die einen nicht gegen die anderen ausspielen, die Opferkonkurrenz bekommt uns nicht. Die Menschenwürde ist unteilbar.

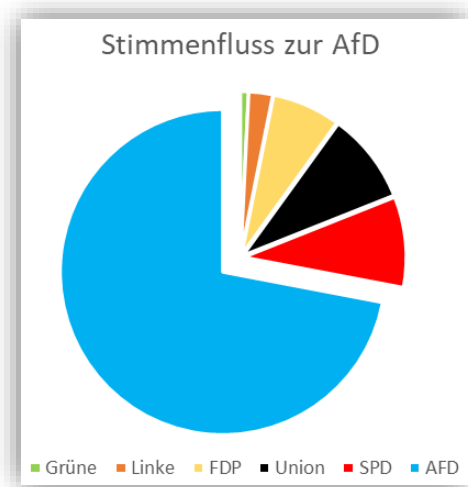
*Geraldine Rauch, die Präsidentin der TU Berlin, die judenfeindliche Karikaturen gelikt hat, klebt an ihrem Sessel und erfährt große Resonanz in der woken Community.*

Das erscheint mir fast schon üble Nachrede zu sein. Geraldine Rauch hat einen Tweet gelikt und dabei nach eigener Erklärung nicht auf die Karikatur geachtet. Das ist ein Unterschied. Ob die Karikatur antisemitisch ist, hängt von der verwendeten Antisemitismus-Definition ab.<sup>8</sup> Ob diese Handlung der TU-Präsidentin große Resonanz in der woken Community erfährt, hätte ich gerne empirisch belegt. Ich will es gar nicht bestreiten, möchte mich aber auch nicht auf das Gefühl der Kolumnistin und ihre Schlüsse vom Besonderen auf das Allgemeine verlassen.

*Solche „Einzelfälle“ werfen Fragen zu den Handlungsmaximen des Wokismus auf und machen eine kritische Betrachtung seiner gesellschaftspolitischen Rolle notwendig.*

Derartigen Extrapolationen von Einzelfällen sollte man immer widersprechen. Sie sind vorurteilsbeladen und willkürlich. Der Stürmer hat nach 1926 strukturell ähnlich gearbeitet. Er griff Verhaltensweisen einzelner Juden heraus und erklärte sie zum Typus ‚des Juden‘. Das hatte schreckliche Folgen. Im vorliegenden Fall werden einzelne Verhaltensweisen von Menschen, von denen man nicht einmal weiß, ob sie sich selbst als „woke Menschen“ begreifen, als charakteristisch für eine wie auch immer bestimmte „woke Community“ definiert. Das ist ein überaus fragwürdiges Vorgehen. Ich bin kein Anhänger der sich als „woke“ verstehenden Bewegungen, aber ich finde es unerträglich, wenn engagierte Menschen derart angegriffen und an den Pranger gestellt werden. Sie sind weder verantwortlich für den Erfolg der AfD noch für den Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Das überschätzt ihren Einfluss maßlos.

Um das zu klären, muss man meines Erachtens eher in die Mitte unserer Gesellschaft schauen. Denn von den insgesamt 6.324.008 Wähler:innen der AfD kamen 570.000 von SPD, 570.000 von der CDU, 430.000 von der FDP, 150.000 von der Linken und immerhin noch 50.000 von den Grünen. Das heißt, dass mehr als ein Viertel der AfD-Wähler:innen aus dem bürgerlichen Lager kamen. Hier wurden von den ehemaligen Wähler:innen der bürgerlichen Parteien jene Brandmauern geschleift, die partei-offiziell angeblich immer noch Bestand haben.



Die Aktionen gegen Geraldine Rauch waren dagegen das Ergebnis einer Hetzkampagne der Springerpresse. Es war Gesinnungsterror, aber es überrascht mich nicht. Das sich anschließende Vorgehen des Staates gegen die Professorin stellt einen besorgniserregenden Eingriff in die von der Verfassung garantierte Wissenschaftsfreiheit dar. Die Hochschulen sind autonom und wir sollten außerordentlich aufmerksam sein, wenn der Staat versucht, diese mühsam errungene Autonomie unter fadenscheinigen Gründen wieder einzuschränken. Wir sind auf dem besten Weg, von einer Demokratie zu einer nur unvollkommenen Demokratie zu werden. Die Likes von Geraldine Rauch waren unbedacht, das hat sie selbst eingeräumt. Aber dazu wäre mit Johannes 6,7 zu sagen: *Wer von euch ohne Sünde ist, werfe als Erster einen Stein auf sie.* Zur Kultur der Universitäten gehört es, derartigen Fehlleistungen zu widersprechen und auf Einsicht und Erkenntnis zu setzen. Zur Kultur der Universitäten sollte es nicht gehören, auf die öffentliche Meinung zu starren wie das Kaninchen auf die Schlange. Sie sollten sich an der Sache orientieren.

Der Kommentar der Kolumnistin in der taz mag eine starke Meinungsäußerung sein, aber er löst keines der Probleme, von denen er vorgibt, sie anzugehen. Er basiert auf Vor-Urteilen und spekulativen Verallgemeinerungen. Er überschätzt die Bedeutung und Wirksamkeit der woken Szene maßlos und lässt die wirklich Verantwortlichen außen vor. Letztlich wird ein politisches Ereignis für einen billigen Anti-Wokismus missbraucht.

## Entpolitisierter Kulturbetrieb?

Aber nicht nur die Kolumnistin der taz, auch andere Akteure der öffentlichen Szene verstehen sich als meinungsstark und haben klare Ansichten darüber, wer denn für den Rechtsruck verantwortlich ist. Merkwürdigerweise sind nie die Menschen selbst verantwortlich, die die Rechten wählen, sondern irgendwelche Gruppen, die nicht genug für die Aufklärung der Massen getan haben. Das kennt man noch aus alten linken Fachschafts-Diskussionen, wo es um Kritik und Selbstkritik ging. Man generiert die eigene Bedeutung, indem man das Erstarken des Gegners auf die eigene Schwäche und vor allem die eigene Untätigkeit zurückführt. Auf jeden Fall sind die Wähler:innen gut marxistisch-leninistisch immer die Unaufgeklärten, die aufzuklären die Eliten (seien es nun woke Eliten oder auch Kultur-Eliten) versäumt haben. Wer könnte also neben den woken Communitys noch verantwortlich für den Rechtsruck der Bevölkerung sein? Es kommt darauf an, wen man fragt. In der Sache äußert sich zum Beispiel Olaf Zimmermann, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates. Wen hält er für das Erstarken der Rechtsextremen verantwortlich?

*Der Kulturbereich zieht sich viel zu oft in Nischen der Selbstbeschäftigung zurück. Auch hier steht oftmals die Frage, wie fühle ich mich, vor der Frage, was passiert warum in unserer Gesellschaft. **Die Entpolitisierung des Kulturbereiches hat es den Rechts-extremen auch leicht gemacht**, immer stärker zu werden. Hier können wir gegensteuern.*

Man muss das mehrfach lesen, um der Brisanz des Gesagten auf die Spur zu kommen. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates plädiert hier für eine weitgehende **Politisierung des Kulturbereiches**. Wir diskutieren nun seit mindestens zwei Jahren darüber, dass die Kultur zu stark politisiert sei, dass – wie die documenta *fifteen* zeigt – ethische Vorgaben die ästhetischen Fragestellungen überformen. Plötzlich ist das Gegenteil der Fall, der Kulturbetrieb zieht sich in „Nischen der Selbstbeschäftigung“ zurück? Abgesehen davon, dass kunstphilosophisch das natürlich das Recht der Kunst wäre, muss man sich schon entscheiden. Man kann nicht nach Belieben der Kultur einmal zu viel Politik (in Sachen Palästinenserrechte) und dann wieder zu wenig Politik (ins Sachen Kampf gegen die AfD) vorwerfen. Abgesehen davon, dass beides nicht zutrifft.

Nun kommt Zimmermann zur Ursachenforschung. Warum ist der Kulturbereich für den Rechtsruck der Gesellschaft verantwortlich?

*Nun könnten die vielen Kulturorte im Lande offene **Diskursräume** sein, wo die notwendigen gesellschaftspolitischen Debatten breit geführt würden. Aber gerade **viele dieser Orte erreichen die Breite der Bevölkerung nur unzureichend**. Viele sind nicht inklusiv, sondern extrem exklusiv. Trotz allen Geredes von der Kultur für alle sind die meisten Kulturorte **Tempel für Hochgebildete**. Immer öfter werden zum Beispiel **Kulturdiskussionen nicht mehr in Deutsch, sondern nur in Englisch**, ohne Übersetzung angeboten. Mehr Arroganz der Gebildeten gegenüber der Breite der Bevölkerung, die mitnichten alle Englisch sprechen, kann man sich nur schwer ausdenken.*

Das empfinde ich als reaktionär. **Denglisch** als Verursacher einer AfD-Welle? Als wenn die Breite der Bevölkerung Kulturdiskussionen besuchen würde, wenn dort nur **Deutsch** gesprochen wird. Das mag der **Verein Deutsche Sprache** denken, aber es ist und bleibt Unsinn. Ich bin seit 40 Jahren im Kulturbereich tätig, aber an der **Konferenzsprache** Englisch (so sie denn mal gebraucht wird) liegt es ganz sicher nicht, dass bei Kulturdiskussionen nicht die ganze Bevölkerung vertreten ist. Mit der gleichen Plausibilität könnte man die Vereinssprache bei Taubenzüchtervereinen auf Englisch umstellen, um mehr Gebildete zu erreichen – auch das würde nicht funktionieren. Zunächst einmal ist der Kulturbetrieb nicht mehr völkisch und national („am deutschen Wesen ...“), sondern global und international ausgerichtet. Und die weltweite **Verkehrssprache** ist nun einmal Englisch. Es würde zur Provinzialisierung des Kulturbetriebes führen, wenn man plötzlich die gängige Verkehrssprache weglassen würde. Ich finde das Argument auch in der Sache fehlgeleitet. Dieselbe Bevölkerung, die bei der Digitalisierung der Lebenswelten alles nur noch mit englischen Begriffen beschreibt, bekommt Probleme, wenn diese in der Hochkultur auftauchen? Das scheint mir willkürlich zu sein. Das ist m.E. ein Scheinargument.

Merkwürdig ist auch die unter der Hand erfolgte **Begrenzung der Kultur auf die Hochkultur**. Gehören nicht auch Helene Fischer und Andrea Berg zur Kultur? Sind deren englischsprachigen Lieder (*Never enough – See you again – Fighter – You never walk alone – Hello Houston*) auch ein Teil des Problems, das Zimmermann schildert, und sind sie damit auch für die Erfolge der AfD verantwortlich? Oder ist Zimmermann für diesen „Kulturbereich“ nicht zuständig? Ist es nicht gerade dieser Bereich, der sich von allen politischen Diskussionen zurückhält? Der Hochkultur (und auch der Popkultur) kann man in den letzten Jahren kaum vorwerfen, unpolitisch zu sein.

Die **offenen Diskursräume** im Kulturbereich, die sich Zimmermann darüber hinaus wünscht, scheitern zurzeit krachend: sie wurden z.B. von Hamas- und PFLP-Anhängerinnen niedergebrüllt und die Diskussionswilligen zudem auch physisch angegangen. Wer offene Diskursräume in Sachen Nahost-Konflikt etablieren wollte, wurde von den einen als Antisemit und von den anderen als Zionist beschimpft – mit existentiellen Risiken für sich selbst und die Familie. Ein an derartigen „offenen Diskursräumen“ Beteiligter riet aus der Erfahrung der Abläufe heraus: *Lassen Sie bloß die Finger von offenen Diskursräumen!* Ich kann ihn gut verstehen. Es ist völlig naiv nach offenen Diskursräumen zu rufen, wenn kein Konsens über die Diskursregeln besteht.

Und schließlich: Sind tatsächlich alle in Frage kommenden Kulturorte immer noch **Tempel für Hochgebildete**? Hat sich der Kulturbegriff nicht schon längst geändert? Meines Erachtens kommt es doch immer darauf an, wohin man geht. Die Räume der DJ-Kultur sind sicher keine Tempel für die Hochkultur, die in der breiten Bevölkerung beliebten Freilichtmuseen eher auch nicht, Naturkunde- und Technikmuseen nur bedingt, Folter- und Bergbaumuseen wohl auch nicht, Kunstmuseen schon eher. Da lassen sich kaum Urteile über das Verhalten „der“ Kulturorte fällen.





Mir missfällt aber schon die willkürliche Verknüpfung von „Tempel“ und „Hochgebildete“. Man kann im Blick auf den Tempel natürlich auf einschlägige Zitate von Johann Wolfgang von Goethe rekurren, nur fürchte ich, dass dieser wirklich noch in anderen Zeiten lebte, als einfache Bürger:innen,<sup>9</sup> Angestellte und Arbeiter:innen von den Museen als Kulturorten faktisch ausgeschlossen waren.<sup>10</sup> Das ist heute nicht mehr so. Wir leben in einem Jahrhundert niedrigschwelliger



Museen. Aber weiterhin werden die Hochgebildeten für ihre Museumsbesuche kritisiert. Ketzerisch gefragt: Ist vielleicht die Niedrigschwelligkeit das eigentliche Problem?

Und selbst wenn es das nicht wäre, würde ein noch stärker niedrigschwelliges Museumsangebot das Wahlverhalten der Besucher:innen verändern? Die AfD hat bei der Europawahl insgesamt 15,9% der Stimmen erhalten, von den Menschen mit Hauptschulabschluss wählten 19% die AfD, von den Menschen mit mittlerer Reife 23%, von den Menschen mit Abitur 13%, von den Menschen mit Hochschulabschluss 7%. Aber die Logik kann dann doch nicht sein, wegen des Wahlverhaltens der Bevölkerung das Museumsangebot zu verändern, logischer wäre es doch, das Bildungsangebot und die schulische Ausbildung zu verbessern.

Ich finde schon die Idee pervers, die Kultur sei ein Handlungsfeld, um nicht zu sagen ein Agitationsfeld für erwünschtes Wahlverhalten der Bevölkerung. Wer denkt so? Heißt das, wer oft genug in Stücke von Peter Weiss oder Thomas Bernhard geht, wählt nicht mehr AfD? Ernsthaft? Ist das nicht die umgekehrte Ideologie der AfD oder der italienischen Postfaschisten? Besetzen wir die Kultur, um die Gesellschaft zu verändern?

Nun kann man tatsächlich fragen, was denn die Aufgabe der verschiedenen Kulturorte eigentlich ist. Ist es ihre Aufgabe, die Gesellschaft zu befrieden und zu steuern? Das haben die Herrschenden seit Beginn des Holozäns, also seit 14.000 Jahren auch immer gedacht. Kultur wurde instrumentalisiert, um die gewünschten politischen Ergebnisse zu erreichen und zu erhalten. Wollen wir das wirklich fortsetzen – 200 Jahre nach der Aufklärung? Die Stärke der Aufklärung war es doch, Kunst/Kultur einerseits und Politik/Religion andererseits voneinander zu entkoppeln.

Ist es nicht eher die Aufgabe einer sich als avanciert begreifenden Kulturpolitik, das Individuum noch viel konsequenter zu stärken? Und dabei könnten Museen tatsächlich helfen. Schon vor Jahrzehnten schrieb der italienische Philosoph und Publizist Paolo Flores d'Arcais:

*... das »verheißene Land« des Individuums ist der Unterschied, die Differenz. Die extreme Differenz, die durch die einzelne, unwiederholbare Existenz bestimmt wird und die aus jedem einen Dissidenten macht, frei, sich selbst zu entwerfen. Das Individuum ist einzigartig, oder es ist nicht. Das Individuum ist autonom oder es dankt ab. Es gibt kein autonomes Subjekt dort, wo die Existenz sich in vorgegebenen Rollen erschöpft. Darum reicht die Sphäre des Marktes nicht aus, um Individuen hervorzubringen, allenfalls dazu, einen enormen Reichtum zu produzieren. Der Mensch in der zivilen Gesellschaft wird nicht schon als*

*privater zum Individuum, sondern erst, wenn er frei und effektiv teilhat an der Sphäre der Kommunikation und der politischen Entscheidung. Nur in der Perspektive einer symmetrischen Teilhabe an der Macht wird seine unaufgebbare Verschiedenheit wirksam. Und umgekehrt: Wenn die politischen Institutionen auf der Seite des Individuums stünden, müssten sie dies Recht auf Verschiedenheit garantieren und ermutigen. Das heißt, sie müssten dem Einzelnen die Möglichkeit eröffnen, nach seinen Bedürfnissen Beruf und Lebensstil zu wählen und sogar, die einmal getroffene Wahl zurückzunehmen, zwischen verschiedenen Existenzmöglichkeiten zu vagabundieren. Sie müssten jedem Einzelnen die äußeren Bedingungen für so viel Freiheit sichern und, als deren Voraussetzung, die kritischen, kulturellen Maßstäbe entwickeln, ohne die alle guten Absichten tote Buchstaben bleiben.<sup>11</sup>*

Die „meinungsstarke“ Lösung kann also nicht in einer kulturpolitischen Schuldzuweisung stecken (die tun ja nur was für die entpolitisierte Hochkultur), sondern in aller Diversität die Angebote zu stärken, die dazu verhelfen, dass der Einzelne frei seine Entscheidung treffen kann. Und die kann – Gott sei’s geklagt – auch einmal eine unerwünschte Entscheidung sein.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> <https://taz.de/Europawahlen-und-die-progressive-Szene/!6013352/>
- <sup>2</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Treffen\\_von\\_Rechtsextremisten\\_in\\_Potsdam\\_2023](https://de.wikipedia.org/wiki/Treffen_von_Rechtsextremisten_in_Potsdam_2023)
- <sup>3</sup> <https://taz.de/Europawahlen-und-die-progressive-Szene/!6013352/>
- <sup>4</sup> ebd.
- <sup>5</sup> ebd.
- <sup>6</sup> Pickel u.a. (2022): Antisemitismus in Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Jg. 6, H. 1, S. 233–273.
- <sup>7</sup> Man lese etwa die Äußerungen des Finanzministers Smotrich: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bezalel\\_Smotrich#Politische\\_Ansichten\\_und\\_Kontroversen](https://de.wikipedia.org/wiki/Bezalel_Smotrich#Politische_Ansichten_und_Kontroversen)
- <sup>8</sup> Es gibt eine äußerst zweifelhafte Tendenz in der deutschen Kommunikation, erst etwas als antisemitisch zu labeln und dann mit äußerstem moralischem Entsetzen darauf zu reagieren. Ob das Label aber überhaupt zutreffend ist, wird in der Folge nicht mehr überprüft.
- <sup>9</sup> „Ich trat in dieses Heiligtum und meine Verwunderung überstieg jeden Begriff, den ich mir gemacht hatte. Dieser in sich selbst wiederkehrende Saal, in welchem Pracht und Reinlichkeit bei der größten Stille herrschten, die blendenden Rahmen, alle der Zeit noch näher, in der sie vergoldet wurden, der gebohnerte Fußboden, die mehr von Schauenden betretenen als von Arbeitenden benutzten Räume gaben mir ein Gefühl der Feierlichkeit, einzig in seiner Art, das um so mehr der Empfindung ähnelte, womit man ein Gotteshaus betritt, als der Schmuck so manchen Tempels, der Gegenstand so mancher Anbetung hier abermals, nur zu heiligen Kunstzwecken aufgestellt schien.“
- <sup>10</sup> Grasskamp, Walter (1981): Museumsgründer und Museumsstürmer. Zur Sozialgeschichte des Kunstmuseums. München.
- <sup>11</sup> Flores d'Arcais, Paolo (1994): Das freigesetzte Individuum. In: Freibeuter. Vierteljahreszeitschrift für Kultur und Politik, H. 61, S. 8–21.

### VORGESCHLAGENE ZITATION:

Mertin, Andreas: Nur meinungsstark ist ja auch keine Lösung. Über woken Anti-Wokimus, tà katoptrizómena – Magazin für Kunst | Kultur | Theologie | Ästhetik, Ausgabe 150 – tà katoptrizómena 150, erschienen 01.08.2024  
<https://www.theomag.de/150/pdf/MeMi01.pdf>